

Der Krieg um Tripolis und die Friedensbewegung [Schluss]

Autor(en): **Maier, Gustav**

Objektyp: **Article**

Zeitschrift: **Der Friede : Monatsschrift für Friedens- und Schiedsgerichtsbewegung**

Band (Jahr): - **(1912)**

Heft 1-2

PDF erstellt am: **13.09.2024**

Persistenter Link: <https://doi.org/10.5169/seals-802728>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern. Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

Haftungsausschluss

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

mit dem Militarismus zusammenhängt. Gegen all diese hemmenden Einflüsse, gegen all die Bedenken derer, die mit veralteten Institutionen verwachsen sind, ist es schwer anzukämpfen. Da ist es viel leichter, ein Neues zu schaffen, das in seiner jungen Lebenskraft das Veraltete erstickt. In diesem Sinne rufen wir zur Selbsthilfe auf! Das Volk im weitesten Sinne, das Volk, welches schliesslich Leben und Eigentum im Kriege opfern muss, es soll sich selbst befreien nach ruhiger Auswahl der geeigneten Mittel. Im Zeitalter des Volksparlaments bedarf es daher keiner Revolution und keiner Militärdienstverweigerung. Wer die Reichstagsdebatten im November beobachtet hat, der weiss genau, wo die rückständigen Elemente sitzen. Bei der Neubesetzung der Parlamente, da gilt es vor allem, dass ein aufgeklärtes Volk, unbekümmert um das Geschrei der Nationalisten, weiss, wem es sein Vertrauen zu schenken hat.

Das Rüstungsproblem hat im vergangenen Jahre überall die Geister beschäftigt. Auch diese Frage gehört zu diesen gordischen Knoten, die leichter zu durchhauen als zu lösen sind. Ueberzeugt muss davon jeder Einsichtige sein, dass die Rüstungen das Mark der Länder fressen, dass sie auch keineswegs die Sicherheit vor dem Kriege zu bringen imstande sind, sondern das Wesen des Krieges selbst darstellen, den latenten Krieg, den bewaffneten Frieden, und dass sie jeden Augenblick zum akuten Krieg, zur Verwüstung aller Kultur führen können. Ebenso klar aber ist es, dass ein einzelnes Land heute nicht abrüsten kann; das wäre Selbstmord! Das schlimmste aber ist der Umstand, dass bei den meisten Regierungen dieser Gedanke an Abrüstung, dieser Volksgedanke, abgewiesen wird. Präsident Taft hat im vergangenen Jahre an die verschiedenen Staaten eine Anregung zur Einsetzung einer internationalen Kommission zwecks Studiums der Rüstungsfrage erlassen. Diese Einladung wurde von fast allen europäischen Regierungen höflich, aber entschieden abgelehnt. — Das ist nun einer der Punkte, an dem die Völker einsetzen sollten. Das Rüstungsproblem mag schwierig sein, aber ein Verbrechen ist es, wenn die Regierungen es ablehnen, zu dessen Studium die nötigen Schritte zu tun. Das ist eine höchst wichtige Angelegenheit derer, die ihre Knochen im Kriegsfall zu Markte tragen müssen, derer, die das Geld für die unsinnigen Rüstungen im Schweisse erarbeiten! Es ist das Recht der Völker, von ihren Regierungen das Studium dieser Frage zu verlangen, zu erzwingen!

Und wenn etwas geschieht, wie der Ueberfall auf Tripolis, da sollten die Völker über die Köpfe ihrer Regierungen hinweg zur Tat schreiten! So, wie der Generalstab im Frieden alle Möglichkeiten für einen Kriegausbruch vorbereitet, so müssen wir, das internationale Volk, gerüstet sein für einen solchen Fall, so dass zum Beispiel ein Land, das ähnlich handelt wie Italien, schon nach 24 Stunden vom internationalen Volk in Acht und Bann erklärt wird, wirtschaftlich boykottiert und moralisch verfehmt!

Da sollte es auch, wie das geschehen ist, in einem Volksparlament ein Regierungsvertreter wagen, einem Abgeordneten, der von einem solchen Krieg als von einem Raubzug spricht, einen Ordnungsruf zu erteilen! Soviel Tintenfässer als Abgeordnete vorhanden, gehörten ihm an den Kopf geworfen!

Das internationale Volk muss sich ermannen, muss zur Selbsthilfe schreiten, soll anders es nicht seine Lässigkeit eines Tages auf den Schlachtfeldern bereuen.

G.-C.

Der Krieg um Tripolis und die Friedensbewegung.

Vortrag gehalten am 12. Nov. 1911 im Friedensverein Zürich,
am 14. Nov. 1911 im Friedensverein Luzern,
von *Gustav Maier*, Präsident des Friedensvereins Zürich.

(Schluss.)*

Unter solchen Umständen kann man vom unbefangenen Standpunkt aus begreifen, wenn Italien sich in dem noch freien nordafrikanischen Nachbargebiete den wirtschaftlichen und politischen Einfluss sichern und damit die kulturelle Hebung in die eigene Hand nehmen will, um so mehr als das früher so sehr vernachlässigte Afrika eine internationale wirtschaftliche und politische Bedeutung gewonnen hat. Während noch vor sechzig Jahren Zentralafrika auf den Landkarten mit einem fast weissen Fleck bezeichnet war, ist es heute in weitem Umfang erforscht und dem Handel eröffnet, zu dem das nordafrikanische Küstengebiet ein wichtiges Eingangstor bildet. Wenn England, Frankreich, Spanien und Deutschland an dieser Aufschliessung Afrikas teilnehmen, so kann auch das industrielle Italien als nächster Nachbar nicht zurückbleiben. Ueber eine solche Notwendigkeit hat man sich gewiss seit langem in den politischen Kreisen keiner Täuschung hingegeben, und man würde gewiss überall dem jungen Italien seinen Platz an der nordafrikanischen Sonne gönnt haben. —

Aber die *Art und Weise*, wie diese Mission in Szene gesetzt wurde, ist aufs schärfste zu verurteilen. Die italienische Regierung hat kleinere Differenzen, die seit langem herrschten und die sehr wohl auf friedlichem Wege hätten beseitigt werden können, zum Anlass genommen, um die nichts ahnende Türkei mit einem schroffen, kurzfristigen Ultimatum zum Kriege zu zwingen. Man hat keine Verhandlungen, keine Vermittlung abgewartet, sondern ist mit einem vorgefassten Plan auf die scheinbar leichte Beute losgestürzt, so dass diese Art der Besitzergreifung überall mit Recht als ein Raubzug bezeichnet wird. Ein derart gewaltsames, mit allen Grundsätzen des Völkerrechtes in Widerspruch stehendes Vorgehen war aber durchaus nicht nötig, wie uns eine Reihe anderer Beispiele zeigt. England ist heute der faktisch unumstrittene Herrscher über *Aegypten*, trotzdem es klugerweise die Formel der Souveränität des Khedive und sogar des Sultans bestehen lässt. Die viel wichtigeren und für die Türkei wertvolleren Lande *Bosnien* und *Herzegowina* sind seinerzeit unter österreichisches Protektorat gestellt und dann sogar annektiert worden, ohne dass die geringste Feindseligkeit dadurch entstanden ist. Auch sonst sind seit einigen Jahrzehnten auf der Balkanhalbinsel und in Kreta wichtige politische Veränderungen auf durchaus friedlichem Wege vor sich gegangen. Wenn Italien einen solchen Weg gegangen wäre, so hätte es wohl die Sympathie der zivilisierten Welt auf seiner Seite gehabt und voraussichtlich auch die Unterstützung fast aller, ihm mehr oder weniger befreundeten Grossmächte, zumal Frankreichs, Englands und Deutschlands, gefunden, die gerade jetzt ebenfalls Befriedigung ihrer politischen Ansprüche in Nordafrika erreicht hatten. Es gab sehr viele Möglichkeiten einer solchen friedlichen Lösung unter weiser Schonung der politischen und religiösen Empfindlichkeiten. Man hätte das Land vielleicht nach dem Muster der jüngsten chinesischen Politik auf 100 Jahre in Pacht nehmen können, man hätte in irgendeiner Form nach englischem Muster die Scheinsouveränität des Sultans bestehen lassen können. Kurz, wo ein Wille war, da war auch ein Weg. Jeden-

*) Neueintretende Abonnenten können diesen ganzen Vortrag als Separatabdruck gratis von der Redaktion beziehen.

falls hätte die italienische *Kultur* der Besitzergreifung die Wege bahnen müssen und können; leider ist aber das Gesetz der langsamen Entwicklung noch viel zu wenig in die Völker, und in die Köpfe ihrer Staatsmänner, eingedrungen: man kann und will nicht warten, und so zerstört man, anstatt aufzubauen.

Warum hat es in Italien am Willen zur friedlichen Lösung einer Kulturfrage gefehlt? Italien ist, wie das Deutsche Reich, ein junger, erst seit wenigen Jahrzehnten aus der früheren Kleinstaaterei erlöster Staat. Was ist ein halbes Jahrhundert im Leben eines Volkes? Den Kinderjahren der Völker fehlt die politische Erfahrung, die politische Reife und damit auch die politische Ruhe. Selbst das bedächtiger deutsche Volk stand bei Gelegenheit der jüngsten Marokko-Verhandlungen mit Frankreich vor ähnlichen Möglichkeiten, aber die deutsche Reichsregierung hatte den Mut, dieser Strömung entgegenzutreten und die friedliche Verständigung zu sichern. Das kindlich oberflächliche, naive, aber viel temperamentvollere italienische Volk hat in diesem Falle nicht das Glück einer so vorsichtigen und bedächtigen Regierung gehabt. — Dem Königreich Italien fiel bei seiner Entstehung durch den notwendigen Kompromiss zwischen Republikanern und Monarchisten eine Verfassung in den Schoß, die für seine politische Bildung weit verfrüht war, eine Verfassung, wie sie das viel ruhigere englische Volk sich in 600 Jahren politischer Kämpfe errungen hatte. Der daraus hervorgegangene Parlamentarismus ist vorerst noch ein Unheil für das italienische Volk, das in seine politische Selbstbestimmung erst hineinwachsen muss; er öffnet den Interessen Tor und Tür, denjenigen des politischen Ehrgeizes, nicht selten auch des persönlichen und finanziellen Vorteils. Er führt zu einer fortwährenden Unsicherheit und zu einem oftmaligen Wechsel der Regierungen, die alle zu sehr von dem Willen zufälliger oder interessierter parlamentarischer Mehrheiten abhängen. So kann es leicht geschehen, dass man auch gelegentlich nicht ungerne zu einer Ablenkung der politischen Leidenschaften durch einen „frischen fröhlichen Krieg“ schreitet, um innerer Schwierigkeiten Herr zu werden. — In Zeiten nationaler Erregung ist heutzutage die Presse mit ihrer starken Beeinflussung der öffentlichen Meinung ein gefährliches Element, was ganz besonders in Frage kommt bei einem so heissblütigen und phantasiereichen Volke, wie die Italiener es sind. So nur lässt es sich begreifen, dass man in Italien die politische und wirtschaftliche Bedeutung Tripolitaniens ganz gewaltig über-, die dafür nötigen Opfer unterschätzte und sich in eine nationale Begeisterung künstlich hineinschwärmte, welcher die Bedeutung des Objektes weitaus nicht entspricht. — So nur lässt es sich erklären, wie Italien, dessen junger Einheitsstaat durch seine fortschreitende wirtschaftliche und politische Erstarkung bisher ein Gegenstand unserer Bewunderung gewesen ist, das wir mit Genugtuung an der Spitze der abgeschlossenen internationalen Schiedsverträge gesehen haben, sich zu einer so unbesonnenen und rechtswidrigen Art der Erfüllung einer Kulturmission herabwürdigen konnte.

Derartige falsche Massregeln rächen sich immer ganz von selbst. So werden heute schon einsichtige Politiker selbst in Italien erkannt haben, welcher gewaltiger Fehler gemacht worden ist. Man hatte von der früheren, so überaus traurigen Erfahrung in Abessinien nichts gelernt, ebensowenig aus den fast 50jährigen Kämpfen Frankreichs in Algerien — man hat diesen neuen Feldzug ohne genügende Vorbereitung, mit gewohnter Leichtfertigkeit, als eine Art militärischen Spaziergang aufgenommen. Während

die Bevölkerung von Tripolitaniens niemals mit den Türken sympathisierte und für vernünftige Kulturleistungen sehr leicht zu gewinnen gewesen wäre, hat man sie mit einem kaum begreiflichen Ungeschick den türkischen Machthabern geradezu in die Hände getrieben. Als dann die Berber und Araber sich im Verein mit den Türken gegen die Bedrohung ihrer Freiheit zur Wehre setzten, haben die Italiener unter dem Zwange der Selbsterhaltung die grausamsten Repressalien gegen deren Patriotismus ergriffen, die gleichen Italiener, die ihre eigenen Freiheitshelden, die Garibaldi, Cairoli, Crispi usw., für ihre Kämpfe gegen die österreichische und neapolitanische Unterdrückung in den Himmel heben. So mussten sie mit Feuer und Schwert gegen diejenigen vorgehen, auf deren Sympathie sie angewiesen waren, wenn sie ihre Kulturarbeit ausführen wollten. So beschworen sie den alten religiösen Gegensatz wieder herauf und trugen selbst dazu bei, die einander früher eher feindseligen Elemente zur Gegenwehr unter dem Halbmond zu einigen. So machten sie sich die gesamte einheimische Bevölkerung zu Feinden und verscherzten deren leicht zu erringende Sympathie, wodurch sie ihr Ziel wohl Generationen später erreichen werden, dem sie bei einem ruhigen und vernünftigen Vorgehen so leicht und so rasch hätten näher kommen können. So rächt sich das begangene Unrecht zunächst an Italien selbst, gar nicht zu rechnen mit den ungeheuren Verlusten an Menschenleben (durch Krieg und Krankheit), an Geld und Gut, an politischem und wirtschaftlichem Einfluss in der ganzen Levante. —

Werfen wir nunmehr noch einen Blick auf die Beziehung dieses Ereignisses zur *Friedensbewegung*. Nicht nur Gegner, sondern auch Anhänger sind leicht geneigt, dabei die Wirkung und Bedeutung dieser Bewegung zu verkennen. Man sagt sich hüben und drüben bei oberflächlicher Betrachtung gerne, was denn die ganze Friedensbewegung nütze, wenn in unserer Zeit noch derartige plötzliche Gewalttätigkeiten und Rückfälle in die rohen kriegerischen Gewohnheiten möglich seien. Diese Zweifel beruhen aber auf einer unrichtigen Auffassung des Ganges der Kulturgeschichte. Kein vernünftiger Anhänger der Friedensbewegung hat es jemals für möglich gehalten, dass die schwere Krankheit, an der die ganze Menschheit seit Jahrtausenden leidet, in einem kurzen Menschenalter beseitigt werden könne. 50 und 100 Jahre sind in der Entwicklung der menschlichen Gesellschaft, die sich aus den Millionen zusammensetzt und unter erbten Krankheiten leidet, wie ein Augenblick. Zwar leben wir heutzutage durch die Verschnellerung des Verkehrs und durch die Stärkung der öffentlichen Meinung vermittle der Druckerpresse rascher als vordem; aber trotzdem bleibt es eine Unmöglichkeit, innerhalb weniger Jahrzehnte die immer noch herrschende gewaltsame Natur der menschlichen Gesellschaft in eine friedliche umzuwandeln. Jeder ruhige Blick auf die Weltgeschichte lehrt uns vielmehr, dass nur durch die langsame Evolution dauernde Fortschritte geschaffen werden, und dass jede gewaltsam vorwärts drängende Revolution — sei ihr Ziel so gross und so edel wie es wolle — nur eine um so stärkere Gegenbewegung hervorruft. In den ersten und grössten Zeiten des römischen Kaiserreiches, etwa von Augustus bis Mark Aurel, herrschte im Innern dieses weiten Gebietes ein so sicherer und ununterbrochener, fast 200jähriger Friedenszustand, dass man damals schon die Zeit des ewigen Friedens für angebrochen halten konnte. Nur an den äusseren Grenzen hatte man Feldzüge zu führen zur Unterwerfung der Grenzvölker und zur Sicherung des Reiches. Aber diese schöne Friedensperiode nahm ein jähes Ende. Wir haben

seitdem wieder 1½ Jahrtausende durchlebt, in denen im wesentlichen der Krieg die Schicksale der Völker bestimmt hat. Die Ursache dieser Täuschung liegt darin, dass menschliche Fortschritte nur dann dauerhaft sein können, wenn sie nicht von einzelnen, noch so bedeutenden Führern oder von vorübergehenden Verhältnissen abhängen, sondern wenn die Erkenntnis ihrer Notwendigkeit zum Gemeingute der Massen geworden ist. Und wie schwer ist es, neue Gedankenrichtungen und Rechtsbegriffe zum Gemeingute der Millionen zu erheben! Zudem hängt, zumal heutzutage, der Weltfriede nicht von einzelnen Staaten oder Erdteilen ab, sondern vom Kulturstande aller zivilisierten Völker: *China*, das seine kriegerische Periode seit Jahrhunderten bereits überwunden hatte, wird jetzt durch die aggressive Berührung der westlichen Kultur wieder in den Militarismus hineingedrängt. —

Die gegenwärtige Krise bringt uns doch eine tröstliche Erkenntnis: noch vor 200, ja sogar vor 100 Jahren, in den Tagen Ludwigs XIV., Friedrichs des Grossen und Napoleons I., hat man fast allgemein die Lösung politischer Fragen durch das Schwert für die einzig mögliche und ganz natürliche gehalten, hat man von den grössten Gewalttaten kein allzu grosses Aufsehen gemacht. Es war beinahe selbstverständlich, dass der Starke den Schwachen unterdrückte und beraubte. Bedeutet es demgegenüber nicht einen gewaltigen Fortschritt, dass heute in der ganzen zivilisierten Welt das Vorgehen Italiens einmütig verurteilt wird, sogar mit einer gewissen Einseitigkeit soweit verurteilt wird, um die historische Begründung desselben vollkommen übersehen zu lassen? Das ist doch ein lebendiger und schlagender Beweis dafür, wie sehr im Bewusstsein der Völker der Gedanke der Gewalt zurückgedrängt und die Idee der friedlichen Lösung in den Vordergrund getreten ist.

Neben dieser fortschreitenden Aufklärung ist eines der wichtigsten Kennzeichen solcher Wandlung das Vordringen der *allgemeinen Wehrpflicht*. Unter der früheren Herrschaft des Systems der Söldnerheere, ja noch der vorwiegenden Aushebung der Armeen lediglich aus den niederen, ungebildeten und rechtlosen Volksschichten, ist es einem gewalttätigen, erobersüchtigen, meist absoluten Herrscher leicht möglich gewesen, auch ungerechte Kriege zu führen, ohne dass die noch schwach entwickelte öffentliche Meinung auf seine Entschliessungen einen bestimmenden Einfluss ausüben vermochte. Wo aber das ganze Volk in Mitleidenschaft gezogen wird, sein Gut und Blut in die Schanze zu schlagen hat, wo insbesondere auch alle Frauen für ihre Söhne und Gatten zu zittern haben, da ist solchem selbtherrlichen Vorgehen, das mit dem Leben und dem Glück von Millionen spielt, ein starker Damm gesetzt. Im tiefsten Wesen der allgemeinen Wehrpflicht liegt ihr rein defensiver Charakter; demgemäss ist sie auch in der Neuzeit aus dem Bedürfnis des preussischen Staates hervorgegangen, die napoleonische Herrschaft abzuschütteln. Wenn nun auch in unserer gegenwärtigen Entwicklung da und dort dieses Instrument zu einem Hilfsmittel nie dagewesener Steigerung des Militarismus geworden ist, so ist dies sicherlich nur eine vorübergehende Erscheinung, ebenso vorübergehend etwa wie die Tatsache, dass die „Religion der Liebe“ ein Jahrtausend hindurch sich nur mit Hilfe der blutigen Wirkungen leidenschaftlichen Hasses durchgesetzt hat. Schon jetzt erkennen wir häufig, wie die allgemeine Wehrhaftigkeit in ruhigen, politisch geschulten Völkern konservativ, d. h. im Sinne des Friedens, wirkt.

Es ist deshalb überaus töricht, wenn wohlwollende, aber unpraktische Vertreter der Friedensidee auch rein

defensive, demokratische Wehrverfassungen, wie z. B. das Milizsystem der *Schweiz*, prinzipiell angreifen. Es muss selbstverständlich bekämpft werden, dass der Geist eines sich als Selbstzweck betrachtenden Militarismus in solche Einrichtungen eindringt; aber sie sind notwendig und unentbehrlich, zumal noch in unserer Gegenwart, zur Selbsterhaltung der Staaten und ihrer politischen Unabhängigkeit. Eine Gefahr von Uebergreifen wohnt ihnen nicht inne, denn wäre z. B. die Schweiz auch zehnmal so gross wie heute, so würde es ihrem mit demokratischen Rechtsbegriffen erfüllten Volke niemals einfallen, einen Nachbar zu Eroberungszwecken zu überfallen. Selbst wenn ein allgemeiner sicherer Friedenszustand eines Tages für ganz Europa erreicht sein wird (und dies wird sich von selbst vorschreiben, wenn Europa nicht sein kulturelles Uebergewicht verlieren soll), so würde besonders in den Grenzstaaten eine allgemeine Wehrhaftigkeit notwendig sein, um sich vor Ueberraschungen von aussen her zu schützen, wie sie die Völkerwanderung der hohen Kultur unserer Vorfahren vernichtend gebracht hat.

Viele, ja vielleicht die meisten Anhänger der Friedensidee kurieren selbst noch viel zu sehr an den Symptomen der Krankheit herum. Zu dieser unrichtigen Behandlung gehören m. E. vor allem auch die zahlreichen, auf die Verbesserung der aktuellen Zustände gerichteten Vorschläge, so gut sie gemeint sind, und so sehr sie auch den Bedürfnissen entsprechen. Dazu gehören vor allem jene künstlichen Pläne bezüglich der Abrüstung und dergleichen mehr. Wenn wir tiefer eindringen, so finden wir, dass der Friedensbewegung sozusagen nur die *Rechtsidee* zugrunde liegt. Die historische Entwicklung zeigt uns, dass das Recht im privaten Leben in einem beständigen Fortschreiten begriffen ist. Wir können uns die Möglichkeit von Gewalttätigkeiten kaum vergangener Zeiten nicht mehr vorstellen, so z. B. die offenkundige Beraubung des Schwachen durch den Starken, die Herrschaft des Faustrechts, die Handhabung der Justiz durch Folter und Gottesgericht etc., die Unterdrückung der gedanklichen oder der religiösen Freiheit, der noch vor kurzer Zeit so viel Menschenleben und Menschenglück zum Opfer gefallen ist. Zwar liegt die Tendenz der Gewalt und des Unrechts so sehr in unserer Erziehung und damit sozusagen noch in unserem Blute, dass immer wieder neue Formen der Unterdrückung hervortreten, wie z. B. in der neuzeitlichen Entwicklung auf dem wirtschaftlichen Gebiete: die technischen und industriellen Fortschritte bringen grosse Massen in Abhängigkeit von einzelnen; aber die immer mehr allgemein anerkannte Macht des Rechtsgedankens setzt sich allen solchen Strömungen gegenüber immer wieder durch und strebt nach sozialer Gerechtigkeit. Nun ist ganz deutlich erkennbar, wie dieser Rechtsgedanke in der Gegenwart auch auf dem politischen Gebiete eine immer grössere Macht gewinnt. Verfolgen wir die Geschichte der letzten hundert Jahre, so finden wir eine starke Bewegung der Ausbildung und Erweiterung des *Völkerrechts*. Diese Bewegung gipfelt am Ende des 19. Jahrhunderts in der Einsetzung des *Internationalen Schiedsgerichtshofes in Haag*. Kurzsichtige Gegner wie auch Freunde beklagen es, dass dieses Schiedsgericht nur fakultativ und nicht obligatorisch ist. Gerade aber in dieser weisen Beschränkung auf das Mögliche und der dadurch bedingten ruhigen Weiterentwicklung erblicke ich die bleibende Bedeutung: das Schiedsgericht wäre bald durch die Macht der Tatsachen wieder in Frage gestellt worden, wenn man in vorgreifend revolutionärer Weise die tief eingewurzelten Zustände mit Gewalt hätte beseitigen wollen. Tatsächlich sind denn auch in der

kurzen Zeit etwa 100, wenn auch zum Teil weniger bedeutsame Verträge auf allgemeine Arbitration abgeschlossen worden, durch die manche kriegerische Verwicklung vermieden wurde. In dem neuesten Marokko-Abkommen haben Deutschland und Frankreich etwaige Streitigkeiten vertragsmässig dem Haager Schiedsgerichtshof zur Schlichtung übertragen. Wer wollte leugnen, dass in den letzten Jahrzehnten die Wahrscheinlichkeit von Kriegen abgenommen hat?

So ist denn die Friedensbewegung, die seit einem Menschenalter eine ungeahnte Ausdehnung gewonnen und die bedeutendsten Kräfte aller Völker in ihren Dienst gezogen hat, vor allem eine Rechtsbewegung — eine Bewegung, welche darauf ausgeht, diejenigen Grundsätze, die unser privates Leben beherrschen, in einer allmählichen Entwicklung zum leitenden Grundsatz der Beziehungen zwischen den Nationen und Staaten zu erheben. Die Durchsetzung dieses Grundsatzes ist im wesentlichen eine Frage der Völkererziehung, die in weitem Umfange durch den Zwang der Verhältnisse gefördert wird: gegenüber den völkertrennenden Tendenzen werden die völkerverbindenden Einrichtungen immer zahlreicher und bedeutsamer, auf dem Gebiete des Verkehrs, von Kunst und Wissenschaft, vor allem auf demjenigen der wirtschaftlichen Interessen. Denn diese letzteren sind in einem solchen Umfange bereits international geworden und werden es immer mehr, dass bei den modernen Zerstörungsmitteln grosse Kriege unsere ganze Kultur erschüttern, wenn nicht vernichten, und dem Sieger ebensoviel Unheil bringen müssen als dem Besiegten. Diese Erkenntnis beherrscht bereits unsere Regierungen, aber sie muss zum Gemeingute der Völker werden, damit leidenschaftliche Ausbrüche, wie wir sie heute in Italien vor uns sehen, mehr und mehr unmöglich gemacht werden, damit sich die Menschen endlich einmal in Ruhe dem friedlichen Wettstreit ihrer Kulturarbeit widmen können. Soweit nicht die äusseren Verhältnisse diese Erziehung praktisch befördern und erzwingen, haben eben wir Vertreter der Friedensbewegung die besondere Aufgabe, sie mit allen Mitteln theoretisch zu pflegen und zu vertiefen. Möge daher jeder von uns in seinem Kreise, in der Familie, in der Gesellschaft, in der Schule, im politischen Leben, der erzieherischen Förderung des Rechtsgedankens dienen: dann werden wir zwar kaum mehr für uns selbst, wohl aber für unsere späten Enkel bessere und glücklichere Zustände herbeiführen und damit die Schuld an unsere Vorfäter abtragen, die für uns gedacht, gewirkt und gelitten haben.

—o—

Pazifistische Rundschau.

Von *Konrad Schulthess*, Zürich.

Es wäre erfreulich gewesen, wenn sich die Nachricht, die am ersten Tag des neuen Jahres der Telegraph meldete, Italien gebe nach und versuche, in Konstantinopel Friedensverhandlungen einzuleiten, bewahrheitet hätte. Allein es hat nicht sein sollen, wenigstens jetzt noch nicht, obgleich sich das Gerücht während einiger Zeit hartnäckig aufrecht erhielt. Dass Italien sich nach dem Frieden sehnt, ist begreiflich, seufzt es doch bereits unter den Folgen seines tripolitischen Abenteuers. Ebenso begreiflich aber ist andererseits, dass die Türkei nicht nachgeben will, da sie dieser Krieg nicht so an Mark und Knochen angreift wie den italienischen Gegner. Aber trotzdem darf man wohl annehmen, dass es den Mächten — die ja selbst das grösste Interesse haben an einer baldigen Beendigung des Krieges — gelingen wird,

eine Basis zu schaffen, welche eine für beide Teile annehmbare Grundlage bilden könnte zur Einleitung von Friedensverhandlungen. Welches aber diese Basis sein wird, ob die von einigen Blättern genannten Bedingungen oder andere, das kann gegenwärtig niemand sagen. Heute bleibt uns eben nichts anderes übrig, als abzuwarten.

* * *

Einen erfreulichen, ja fast möchte ich sagen glänzenden Sieg der Friedensidee haben wir in Oesterreich-Ungarn zu verzeichnen. Mit starker Hand hat Graf Aehrenthal eingegriffen und dem Versuch der Kriegspartei (von einer Partei kann man eigentlich nicht sprechen, denn wie anderwärts so bilden die Kriegshetzer auch in Oesterreich-Ungarn eine ganz verschwindend kleine Gruppe), die Donaumonarchie in eine verhängnisvolle Abenteuerpolitik zu verwickeln, ein jähes Ende bereitet. Der kriegslustige Herr Generalstabschef musste sein Amt quittieren, musste gehen, obgleich ihn der Thronfolger Franz Ferdinand zu halten versuchte, da dieser mit der italienfeindlichen Politik des Freiherrn völlig einverstanden war. Es ist merkwürdig und überaus bedauernswert, dass in den beiden verbündeten Ländern Oesterreich-Ungarn und Deutschland gerade die Thronfolger es sind, welche einer Gewaltpolitik das Wort sprechen. Hoffen wir, die beiden künftigen Kaiser werden früher zu Einsicht und Vernunft als zur Herrschaft gelangen! Um so aner kennenswerter und erfreulicher ist es, dass die beiden Monarchen Wilhelm II. und Franz Joseph und ihre Regierungen den festen Willen haben, die bisherige Friedenspolitik aufrecht zu erhalten. Und dieser feste und erprobte Friedenswille ist es, womit sie sich nicht nur den Dank der Bevölkerung ihres eigenen Landes und der verbündeten Staaten, sondern den Dank ganz Europas erworben haben.

* * *

In einer kürzlich erschienenen und „Die volks- und staatswirtschaftliche Bilanz der Rüstungen“ (Verlag K. Konegen, Wien 1911) betitelten Schrift versucht Prof. Dr. Rud. Kobatsch in Wien die Frage zu beantworten, „ob und inwieweit die Rüstungen an und für sich gerechtfertigt und ob ihnen tatsächlich der vielfach offiziell behauptete Versicherungswert gegen Friedensbruch und gegen Schädigung der wirtschaftlichen Interessen im Auslande zukommt“. An Hand eines umfangreichen und instruktiven Zahlenmaterials gelangt Kobatsch dazu, diese Behauptung zu verneinen. Er weist nach, dass die vielfach aufgestellte Behauptung, Vermögens- und Einkommenbildung wie auch die Lohnsteigerung gehen in viel stärkerem Masse vor sich als Teuerung und Rüstungsausgaben, vollständig falsch ist, dass vielmehr Teuerung und Rüstungsauslagen in engstem Zusammenhang stehen. Auch den immer und immer wieder gemachten Einwand, die Rüstungsausgaben seien produktiv, weil sie in Form von Bestellungen der Volkswirtschaft wieder zugute kämen, widerlegt er und beweist im Gegenteil, dass die durch Steuern und sonstige Abgaben (Zölle!) der gesamten Volkswirtschaft zugefügten Nachteile niemals aufgewogen werden können durch die Vorteile, die für die relativ kleinen Erwerbsgruppen der Armee- und Marinelieferanten dadurch entstehen. Auch das Argument, die Rüstungen seien zum Schutz der Handelsflotte, der Angehörigen in andern Ländern und des Auslandshandels notwendig, seien hinfällig, denn die Grösse der Rüstungsausgaben stehe in gar keinem ursächlichen Zusammenhang mit den erwähnten wichtigen